

IFK AKTUELL



Aus dem Inhalt

Der Nahe Osten im Portrait

Konflikte und Bruchlinien

Akteure und Lösungsansätze

Bild aus Copyrightgründen nur im Original verfügbar.

Naher Osten: Die Zeit drängt





Die Ukraine: Zerrissen zwischen Ost und West

Der kurze Erdgasboykott Russlands zur Jahreswende 2005/2006 führte der EU die Bedeutung der Ukraine als Transitland für Energieträger drastisch vor Augen. Die Publikation gibt ein umfassendes Bild der Ursprünge und Ziele der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes, das bis zur Orangen Revolution international kaum wahr genommen worden war.



IFK Aktuell „Westbalkan - gefährliche Altlasten und neue Chancen“

IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Die „Westbalkan“-Ausgabe unter der Ägide von Predrag Jureković widmet sich der entscheidenden Phase der Stabilisierung der Region, den aktuellen Plänen und den Chancen auf Umsetzung.



Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet

Angesichts des EU-Beitritts Rumäniens rückte der „eingefrorene“ Konflikt um Transnistrien verstärkt ins sicherheitspolitische Rampenlicht. Martin Malek beleuchtet die Genealogie des Konflikts ebenso wie die Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft. Ein spezielles Augenmerk gilt der Rolle Moskaus.



Sorting out the Mess

Walter Feichtinger und Gerald Hainzl geben in dieser Publikation einen Überblick über Kriege, Konflikte und Konfliktmanagement in Westafrika, das Verhältnis zu Europa und die wechselseitigen Erwartungen der internationalen Player, die um Einfluss bemüht sind.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK AKTUELL** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.



IFK AKTUELL zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte. Die Inhalte von IFK AKTUELL finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml

Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger



Transatlantische Beziehungen im Wandel

Fragen der Sicherheit und multilateralen Kooperation gewinnen in der Weltpolitik zunehmend an Bedeutung. Auch die Diskussion um das „strategische Dreieck“ zwischen Europa, den USA und Lateinamerika wird neu belebt. Internationale Experten beziehen Stellung und analysieren Dimensionen der Kooperation.

Naher Osten: Die Zeit drängt

Eine Unzahl von anhaltenden Krisen, Konflikten und negativen Entwicklungen machen den Nahen Osten zum globalen sicherheitspolitischen Brennpunkt. Viele Beobachter befürchten angesichts jüngster Entwicklungen, dass dieser Erdteil vollends in einem Gewaltchaos versinken könnte. Die internationale Staatengemeinschaft steht daher unter erhöhtem Handlungsdruck. Keine andere Region stellt die Welt vor so große Herausforderungen oder ist von so hoher geostrategischer Bedeutung.

Die Brückenfunktion zwischen Europa und Asien, unersetzliche Erdöl- und Erdgas-Vorkommen, die zahlreichen Konflikte und Interessensgegensätze sowie externes Engagement rücken den Nahen Osten ins Zentrum des internationalen Krisenmanagements.

In diesem Überblick können nicht alle Staaten und Konflikte der Region in ihrer Gesamtheit behandelt werden. Es handelt sich daher um eine Darstellung der wichtigsten Problemfelder und Zusammenhänge. Zusätzlich ist anzumerken, dass Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft der Region auch Auswirkungen auf den Nahen Osten haben (z.B. Afghanistan).

In dieser Publikation umfasst die geografische Einteilung des Nahen Ostens Ägypten, die Palästinensischen Autonomiegebiete, Jordanien, Libanon, Syrien, Irak, Israel, Türkei, Iran, Saudi-Arabien und die Golfstaaten.

Inhalt	Konflikte und Bruchlinien	Seite 4
	Der Palästinakonflikt als Kernproblem	
	Konflikte Israels mit der Nachbarschaft	
	Stabilisierung des Irak bislang gescheitert	
	Religiöse und ethnische Bruchlinien	
	Der Nahe Osten im Portrait	Seite 10
	Akteure und Lösungsansätze	Seite 12
	Nahostquartett strebt Zwei-Staaten-Lösung an	
	USA: Zentraler Akteur in der Region	
	„Soft-Power“-Engagement der EU	
	Friedensbemühungen der UNO	
	Regionale Akteure und Initiativen	
	Conclusio	Seite 17

Bild aus Copyrightgründen nur im Original verfügbar.

Konflikte und Bruchlinien

Die Situation im Nahen Osten ist äußerst verworren. Verschiedene Konflikte und Bruchlinien überlagern und beeinflussen einander. Auseinandersetzungen um Territorien, religiös motivierte Gewalt, die Sicherung der Wasserversorgung, die Flüchtlingsproblematik und nicht zuletzt die grassierende Korruption dominieren das Alltagsgeschehen. Diese Gemengelage an Problemen erschwert die Lösung einzelner Konflikte. Im Zentrum des Nahostkonfliktes stehen aber zweifellos die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern.

Der Palästinakonflikt als Kernproblem

Gründung Israels als Auslöser

1947 beschloss die UN-Vollversammlung einen Plan zur Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen israelischen und einen palästinensischen Staat. Dieser Plan wurde von den Arabern

rigoros abgelehnt. Ungeachtet dessen proklamierte Israel am 15. Mai 1948 seine Staatsgründung. Daraufhin erfolgte noch in derselben Nacht der Einmarsch einiger arabischer Staaten. Damit wurde der Grundstein für einen bis heute währenden Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern gelegt.

„Im Lande Israel entstand das jüdische Volk. Durch Gewalt vertrieben, blieb das jüdische Volk auch in der Verbannung seiner Heimat in Treue verbunden.“

David Ben Gurion

Israelischer Premierminister 1949-1963

Während die Israelis ihren Anspruch auf dieses Gebiet auf die Ursprünge ihres Volkes in dieser Region stützen, verweist die Palestine Liberation Organization (PLO) auf die jahrhundertelange Präsenz des palästinensischen Volkes in der Region.

Konflikte und Bruchlinien im Überblick

Israel

„Existenzfrage“



Akteure in den

- Palästinensischen Autonomiegebieten
 - in Syrien
 - im Libanon
 - im Iran
- stellen Existenz Israels in Frage.

Irak

„Neuordnung“



- Aufständische gegen Regierung
 - Widerstand gegen Besatzer
 - Kurdenproblematik (Terrorismus durch PKK)
- Die USA streben Neuordnung des Nahen Ostens an.

Religiöse Konflikte

„Dominanzstreben“

- Sunniten vs. Schiiten (Irak, Libanon)
- Christen/Juden/Muslime

Zunahme von religiös motivierter Gewalt weltweit.

Position Israels

Israel lehnt ein Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge und einen Rückzug hinter die Grenzen von 1967 ab. Die Widerstände Israels bei der Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung stellen ein ernsthaftes Hindernis im Friedensprozess dar. Der Bau eines Grenzwalls zum Westjordanland, die israelische Siedlungspolitik sowie die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen sind die zentralen Streitpunkte. Israels Rückzug aus dem Gazastreifen 2005 und die damit verbundene Zwangsräumung israelischer Siedlungen können dabei als Zugeständnis oder strategische Notwendigkeit gesehen werden.

Position der PLO

Israels Kontrahent ist die PLO als Vertretung der Palästinenser, welche Israels Gebietsansprüche ursprünglich rigoros ablehnte.

Stichwort PLO

Die Palestine Liberation Organization (PLO) wurde 1964 als Dachorganisation mehrerer palästinensischer Bewegungen gegründet. Ziel der PLO ist die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates. Anfangs galt die PLO aufgrund ihrer Verwicklungen in Flugzeugentführungen als eine Terror-Organisation. Seit 1974 repräsentiert die PLO die Palästinensergebiete als Beobachter in der UNO (Resolution 3237 [1974] der UN-Vollversammlung) und vertritt die Interessen der Palästinenser.

Arabische Staaten führten als PLO-Verbündete seither mehrere Kriege mit Israel. Im Zuge der Kampfhandlungen von 1948 und 1967 flüchteten viele Palästinenser in die Nachbarstaaten. Die PLO fordert einen eigenen Staat, den Rückzug Israels hinter die Waffenstillstandslinien von 1967 und ein Rückkehrrecht für alle palästinensischen Flüchtlinge. Seit dem Abkommen von Oslo 1993 erkennt die PLO Israel offiziell an, während die in Opposition zur PLO befindliche Hamas-Bewegung das verweigert.

Für ein besseres Gesamtverständnis ist es zweckmäßig, einige Schlüsselereignisse in Erinnerung zu rufen.

Sechstage-Krieg stärkt Israels Stellung

Nach mehreren militärischen Zwischenfällen hatte sich die Lage zugespitzt und Israel eroberte im Sechstage-Krieg 1967 die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen (zwischen Syrien und Nordostisrael) und die Palästinensergebiete (Westjordanland, Gazastreifen). Damit vergrößerte Israel sein Territorium auf das Dreifache und sicherte sich mit der Eroberung der Golanhöhen die Wasserversorgung. Israel verschaffte sich mit diesen Feldzügen eine Pufferzone gegen mögliche arabische Angriffe.

Laut UN-Sicherheitsratsresolution 242 (1967) hätte sich Israel unverzüglich aus allen eroberten Gebieten wieder zurückziehen müssen. Die Nichtbefolgung dieser Resolution stellte unter anderem einen Auslöser für den Jom Kippur-Krieg 1973 dar. Israel zog sich zwar in weiterer Folge (1982) aus dem Sinai und von Teilen der Golanhöhen zurück, erfüllte damit aber nicht die Forderung der UNO nach einem gänzlichen Rückzug aus den besetzten Gebieten. In diesen leben bis zu drei Millionen Araber.

Friedensprozess gerät mit Ermordung Rabins ins Stocken

Die unzumutbare Lebenssituation vieler Palästinenser trug dazu bei, dass im Dezember 1987 der erste Aufstand gegen das israelische Militär (Erste Intifada, arabisch: „Aufstand“ im Sinne von „abschütteln“) ausbrach. Der daraufhin von den USA forcierte Friedensprozess führte 1993 zum Vertrag von Oslo. Damit erfolgte die Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und die Beendigung der Ersten Intifada. Mit der Ermordung des israelischen Premierministers Itzhak Rabin 1995 durch einen orthodoxen Juden erlitt der Friedensprozess einen entscheidenden Rückschlag. Seit damals konnten trotz verschiedenster Bemühungen der USA und des Nahostquartetts keine substanziellen Fortschritte mehr erzielt werden.

Der Besuch des damaligen israelischen Oppositionspolitikers Ariel Sharon im Jahr 2000 am für beide Seiten bedeutsamen Tempelberg war Anlass für die zweite Intifada. Diese wurde zwar 2005 offiziell beendet, der Widerstand radikaler Gruppen hielt jedoch an.

Bruderstreit der Palästinenser

Der Tod des legendären und umstrittenen PLO-Führers Jassir Arafat 2004 hinterließ ein Machtvakuum.

Die Spannungen zwischen den verfeindeten Bewegungen Fatah

Bild aus Copyrightgründen nur im Original verfügbar.

Aufeinandertreffen von Kämpfern der Fatah und der Hamas im Gaza-Streifen

und Hamas brachen im Zuge des folgenden Machtkampfes offen aus.

Im politischen Spektrum nimmt die Fatah als stärkste Partei in der PLO den Platz einer eher sekularen Fraktion ein. Die mittlerweile auch als Partei formierte Hamas wiederum vertritt eine radikal-islamische Ideologie und distanziert sich von der PLO.

Nach den überraschend gewonnenen Parlamentswahlen 2006 wurde die Hamas zur führenden politischen Kraft. Versuche zur Einigung mit der unterlegenen Fatah scheiterten. Präsident Mahmoud Abbas löste in weiterer Folge die Regierung Mitte 2007 auf, nachdem die Hamas mit offener Gewalt gegen die Fatah im Gazastreifen vorgegangen war und die Lage eskalierte. Dies führte zur faktischen Zweiteilung der Palästinensergebiete in das von der Fatah regierte Westjordanland und den von der Hamas kontrollierten Gazastreifen. Die Situation der Bevölkerung hat sich durch diese innerpalästinensischen Auseinandersetzungen und die Blockade des Gazastreifens dramatisch verschlechtert.

Flüchtlingsrückkehr als Streitpunkt

Im Zuge der Kampfhandlungen und nach dem Sieg Israels flohen 1948 rund 650.000 Palästinenser in die Nachbarländer und in das Westjordanland sowie den Gaza-Streifen. Weitere 300.000 folgten 1967. Diese palästinensischen Flüchtlinge sind auf Lager im Libanon, Jordanien und Syrien verteilt oder leben in den Palästinensergebieten. Im Jahr 2004 gab es laut UNO 4,1 Millionen palästinensische Flüchtlinge. Viele davon leben unter der Armutsgrenze (zwei Dollar pro Tag), die Arbeitslosigkeit beträgt über 50% und mehr als die Hälfte der Flüchtlinge sind weniger als 20 Jahre alt. Diese Lager, vor allem aber die Palästinensergebiete, sind daher zugleich idealer Nährboden für radikales Gedankengut und „natürliche“ Rekrutierungsbasis für gewaltbereite Gruppierungen wie die Hamas.

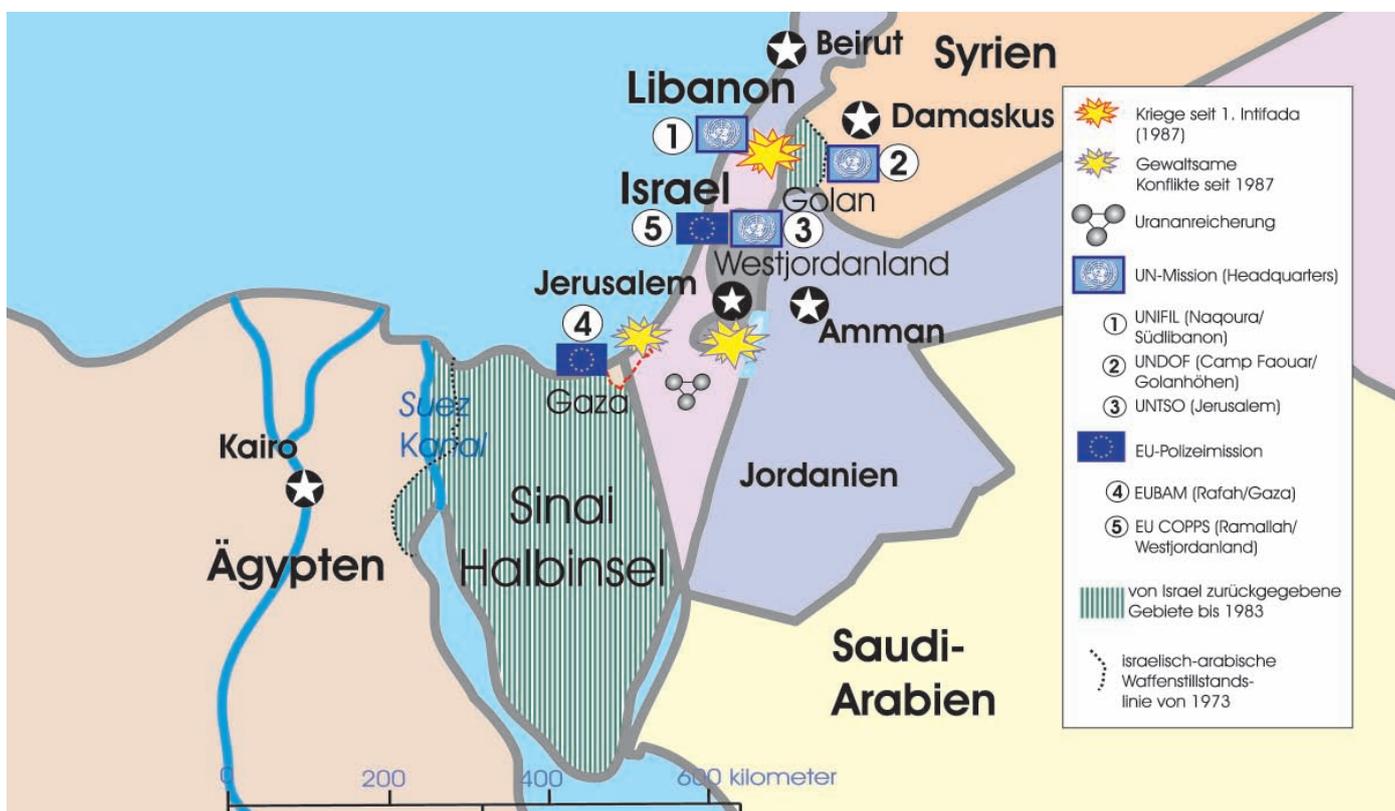
Konflikte Israels mit der Nachbarschaft

Israels Konflikte mit der Nachbarschaft müssen unter anderem im Zusammenhang mit der Wasserversorgung durch den Jordan Fluss gesehen werden. Dieser versorgt den für Israel, Syrien und das Westjordanland bedeutsamen See Genezareth. Die Golanhöhen spielen dabei eine zentrale strategische Rolle, da von dort der Wasserverlauf kontrolliert werden kann. Auch die Flüchtlingsproblematik ist nicht zu unterschätzen.

Syriens Schlüsselrolle im Nahen Osten

Damaskus kommt in den Konflikten im Nahen Osten eine besondere Bedeutung zu. Aus Sicht der USA ist Syrien ein „Schurkenstaat“, der terroristische Gruppen in der Region, insbesondere die Hisbollah, unterstützt. Die vermutliche Involvierung Syriens in das Attentat auf den früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri 2005 veranlasste auch die EU zu einer kritischeren Haltung gegenüber Präsident Bashar al-Assad.

Mit Israel, das seit dem Sechstage-Krieg 1967 die Golanhöhen besetzt hält, steht Syrien immer noch im Kriegszustand. Seit längerem wird Damaskus von den USA vorgeworfen, den Transfer von Rebellen und Waffen in den Irak zu dulden. Mit dem Iran bildet Syrien eine Zweckallianz, da sich beide Staaten durch die US-Politik zunehmend isoliert sehen. Präsident Assad folgt dabei eher pragmatischen Überlegungen, da er nicht die Errichtung eines Gottesstaates anstrebt. Syrien fordert eine Rückgabe der Golanhöhen und eine höhere internationale Akzeptanz. Diesen Zielen dient auch die Reaktivierung alter Kontakte nach Moskau.



UNO und EU vor Ort im Nahost-Konflikt

Grafik: Lentsch/Melich

Zerrissener Libanon

Der Libanon im Religionsstreit

Die Geschichte des Libanon ist geprägt von Konflikten zwischen Sunniten, Schiiten, Drusen und christlichen Maroniten. Der „Accord National“ von 1943 und das Friedensabkommen von 1989, die die Machtverteilung zwischen den drei bestimmenden Religionsgruppen festlegen, entsprechen allerdings nicht mehr den realen Verhältnissen. So stellt die Bevölkerungsmehrheit der Schiiten lediglich den eher machtlosen Parlamentspräsidenten. Der kleineren Gemeinschaft der Christen sind das Staatsoberhaupt und der Generalstabschef, den Sunniten der Regierungschef vorbehalten. Diese Aufteilung ist der zentrale Streitpunkt zwischen den libanesischen Parteien.

Der Libanon wurde Zufluchtsort für die 1970 aus Jordanien vertriebene PLO. Dieser folgten 1971 tausende palästinensische Flüchtlinge, denen bis zum heutigen Tag die libanesischer Staatsbürgerschaft nicht gewährt wurde. Die Präsenz der Palästinenser trug zur Verschärfung der Lage bei, die 1975 zu einem Bürgerkrieg eskalierte.

Zahlreiche Interventionen durch Nachbarstaaten im Libanon

1976 erfolgte ein militärischer Einmarsch Syriens zur Stärkung pro-syrischer christlicher Gruppierungen und zur Eindämmung des Bürgerkriegs. 1978 intervenierte Israel im Libanon, um Angriffe der PLO zu unterbinden. Der anschließende Einsatz von UN-Beobachtern (UNIFIL) diente der Überwachung des israelischen Abzugs und der Kontrolle des Grenzgebiets. Nach weiteren PLO-Angriffen marschierten die israelischen Streitkräfte 1982 erneut ein, stießen bis Beirut vor und beließen Truppen zum Schutz Israels bis ins Jahr 2000 im Südlibanon. Die Ermordung des syrienkritischen Ministerpräsidenten Hariri mündete 2005 in den von der Staatengemeinschaft erzwungenen Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon. Trotzdem verfügt Damaskus weiterhin über großen Einfluss. So gelten der Staatspräsident und der Parlamentspräsident als ausgesprochen pro-syrisch. Nach dem Erstarken der schiitischen Hisbollah und zunehmender Raketenangriffe auf den Norden des Landes stieß Israel 2006 neuerlich in den Südlibanon vor, ohne jedoch seine eigentlichen Kriegsziele zu erreichen.

Bild aus Copyrightgründen nur im Original verfügbar.

Das Zeichen täuscht - das israelische Militär verliert 2006 den Nimbus der Unbesiegbarkeit

Die Hisbollah als bedeutsame Kraft

Die Hisbollah wurde spätestens nach der gescheiterten Intervention Israels 2006 zum bedeutendsten Akteur im Libanon. Sie ist dabei von einem militärischen vor allem auch zu einem politischen Faktor geworden. Seit ihrem Regierungsaustritt im November 2006 lähmt sie das offizielle politische Geschehen und somit den Staat.

Stichwort Hisbollah

Die radikal-schiitische Hisbollah wurde 1982 offiziell als „Partei Gottes“ gegründet. Oberstes Ziel ist die Vernichtung Israels. Als oberste Autorität wird der iranische Revolutionsführer Seyyed Ali Chameini angesehen, an der Spitze steht Seyyed Hassan Nasrallah (*1960). Seit 1992 ist die Hisbollah im libanesischen Parlament vertreten. Den Rückzug Israels aus dem Südlibanon im Jahr 2000 feierte die Hisbollah als Sieg. Mit dem Kampf um die von Israel besetzten Shebaa-Farmen (Golanhöhen) rechtfertigt die Hisbollah die Existenz ihres militärischen Armes. Unterstützung erhält die Hisbollah dabei durch den Iran und Syrien. Für die USA ist die Hisbollah eine Terrororganisation, deren Entwaffnung bereits mehrmals gefordert wurde – zuletzt durch UNSR-Resolution 1701 (2006).

Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah fordert mehr Macht, lehnt die amtierende Regierung ab und setzt sich auch über internationale Regelungen hinweg. So verkündete er öffentlich, dass die Hisbollah im klaren Widerspruch zur Resolution 1701 (2006) des UN-Sicherheitsrates aufrüsten sowie Waffen und Munition in den Südlibanon schaffen würde.

Dominanzstreben des Iran

Der Iran als schiitisches Zentrum

Der Iran verfügt über ein dichtes Beziehungsgeflecht, über das er Einfluss im Nahen Osten nehmen kann. Mit dem Sturz des sunnitischen Regimes von Saddam Hussein 2003 hat das schiitisch geprägte Teheran seinen stärksten politischen Kontrahenten verloren. Die Zurückdrängung der Taliban in Afghanistan führte ebenfalls zu einer Schwächung der Sunniten und zwangsläufig zu einer Stärkung der Schiiten in der Region. Mit seinen enormen Öl- und Gasvorkommen verfügt der Iran auch über ein bedeutendes energiepolitisches und wirtschaftliches Kapital. Damit kann Teheran seine Ambitionen als überregionale Macht untermauern. Durch die schiitischen Verbündeten im Libanon (Hisbollah) und im Irak sowie durch die Hamas in den Palästinensergebieten kann der Iran zudem Einfluss auf das Geschehen in der Region nehmen.

„Iran plays a harmful role in Iraq“

Ryan Crocker
US-Botschafter im Irak

Irans Präsident Mahmoud Ahmadinejad, der aus den Reihen der radikal-islamischen Revolutionsgarden kommt, hat Israel offen mit Vernichtung gedroht. Dies verstärkte nicht nur in Tel Aviv und Washington, sondern auch in der gesamten Region die schlimmsten Befürchtungen.

Ängste vor dem iranischen Atomprogramm

Bisherige Bemühungen, den Iran von der Uran-Anreicherung abzubringen oder zumindest den UN-Inspektoren uneingeschränkten Zutritt zu den Atomanlagen zu gewähren, sind gescheitert. Der Iran intensiviert 2007 sein Nuklearprogramm, das über eine zivile Nutzung hinausgehen könnte. Irans Nachbarn und viele Staaten im Westen befürchten, dass dieses Atomprogramm auch militärischen Zwecken dienen soll. Dies könnte zu einem atomaren Wettrüsten in der gesamten Region führen. Israel und die USA könnten sich veranlasst sehen, Irans Ambitionen mit militärischer Gewalt zu stoppen oder zu verzögern. Es ist unabsehbar, welche verheerenden Folgen das für den gesamten Nahen Osten haben würde.

Das iranische Atomprogramm als „Spaltpilz“

Der UN-Sicherheitsrat ist in der Frage des iranischen Atomprogramms gespalten: Russland und China lehnen von den westlichen Mitgliedern – vor allem USA und Frankreich – geforderte neue Sanktionen ab. Bisher hat der Iran sich von seinem Atomkurs nicht abbringen lassen und bis Herbst 2007 UN-Atominspektoren keinen uneingeschränkten Zutritt zu den Atomanlagen gewährt.

Stabilisierung des Irak bislang gescheitert

Nach dem raschen militärischen Sieg der Koalitionstruppen im Irak 2003 sind bislang alle Bemühungen, im Irak einen stabilen und demokratischen Staat zu etablieren, gescheitert. Der stark zersplitterte Irak verfügt zwar mittlerweile über ein gewähltes Parlament und eine Regierung. Die politischen Gegensätze und unterschiedlichen Interessen verschiedenster Gruppierungen sowie die Organisierte Kriminalität machen aber eine Normalisierung unmöglich. Unzählige Opfer von Anschlägen und Gewaltakten sind nicht nur das Ergebnis des Widerstandskampfes gegen die Besatzer, sondern vermehrt auch Zeugnis dieser innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Die großen politischen Herausforderungen konnten bislang weder durch amerikanisches Engagement noch durch die Bemühungen der Regierung Maliki auch nur annähernd bewältigt werden. Als vordringlichste Probleme sind die Herstellung von Ordnung und Sicherheit, die Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung und die nationale Aussöhnung anzusehen. Dabei wäre es entscheidend, für eine gerechte Verteilung des Ölreichtums zu sorgen, die Verfassung zu überarbeiten und den Status der umstrittenen Stadt Kirkuk mit ihren enormen Ölvorkommen zu regeln. Bei der Lösung dieser politischen Fragen könnte der UN-Mission im Irak (UNAMI) gemäß der Resolution 1770 (2007) des UN-Sicherheitsrates eine bedeutende Rolle zukommen.

Prekäre Sicherheitslage

Die Lage im Irak scheint aussichtslos. Die irakische Gesellschaft ist gespalten, die Sicherheitskräfte sind schwach, Gewalt und politischer Extremismus haben längst ein unüberschaubares Ausmaß angenommen.



Bild: Department of Defense

Noch im Gleichschritt? US-Präsident George W. Bush und der irakische Ministerpräsident Nouri al-Maliki

Mehr als 60 bekannte Gruppierungen stehen im gegenseitigen oder im Kampf gegen die Besatzungstruppen. Laut UN-Schätzungen fielen allein im Jahr 2006 mehr als 34.000 Zivilisten den Kampfhandlungen und Terroranschlägen zum Opfer. Pro Woche verlieren laut unabhängigen Beobachtern rund 500 Zivilisten bei Anschlägen und Gewaltakten ihr Leben.

Aktuelle Meldungen des irakischen Gesundheitsministeriums sprechen davon, dass die Zahl der zivilen Opfer von Mai bis August 2007 gesunken sei. Laut US-General David Petraeus und dem US-Botschafter im Irak, Ryan Crocker, ist die Zahl der Anschläge von rund 1.700 im Juni auf rund 1.000 im September 2007 gesunken. Allerdings liegen dafür nur spärliche Bestätigungen vor.

Irakische Flüchtlingsproblematik erreicht Ausmaß des Palästina-Konfliktes

Gemäß UNO sind insgesamt bereits 4,2 Millionen Iraker, darunter auch Christen, aus dem Land geflüchtet. Allein 1,4 Millionen davon befinden sich in Syrien, 750.000 in Jordanien. Beide Staaten sind damit an der Grenze ihrer Kapazitäten angelangt. In den fünf Jahren des Irak-Konfliktes wurden damit bereits ähnlich viele Menschen vertrieben wie in dem bald 60 Jahre andauernden Nahost-Konflikt.

Religiöse und ethnische Bruchlinien

Die politischen Konflikte werden durch ethnische und religiöse Bruchlinien noch verstärkt oder überlagert. Hier ist besonders auf die innerislamische Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten sowie den Kampf der Kurden um Autonomie und Eigenstaatlichkeit hinzuweisen.

Sunniten gegen Schiiten

Muslimischer Bruderkampf im Irak

Die schiitische Mehrheit sieht nunmehr die Chance, nachhaltig die jahrzehntelange Vorherrschaft der sunnitischen Minderheit zu beseitigen. Folglich geht es in dieser Auseinandersetzung vornehmlich um Macht. Das seit dem Sturz des Saddam-Regimes anhaltende Sicherheitsvakuum trug maßgeblich zur Gewalt zwischen beiden Religionsgruppen bei. Signalwirkung hatte dabei die Zerstörung der Goldenen Moschee in Samarra, einem der wichtigsten schiitischen Heiligtümer, am 26. Februar 2006.

Hauptakteure der Gewalt

- **Schiitische Milizen:** Zu erwähnen sind hier insbesondere das aus dem Iran kommende Badr-Korps und die Mahdi-Armee des radikalen Predigers Muqtada al-Sadr.
- **Kräfte des sunnitischen Widerstandes:** Unter diesem Titel formierten sich bereits unmittelbar nach dem Sturz Saddam Husseins zahlreiche Kräfte. Zu den wichtigsten Vertretern zählen die Kämpfer der Sunna-Armee, die Islamische Armee im Irak und die Islamische Widerstandsfront. Auch einige Stämme sind im Widerstand aktiv.
- Weiters sind **al Kaida** und andere Islamisten im Irak präsent.

Politische Aspekte der Auseinandersetzung

Gemäß der irakischen Verfassung von 2005 werden die Einnahmen aus bisher erschlossenen Öl- und Gasfeldern im Verhältnis zur Bevölkerungsstärke an die Provinzen verteilt. Erträge aus zukünftigen Funden sollen allerdings in der jeweiligen Region bzw. Provinz verbleiben – eine Regelung, die Kurden und Schiiten begünstigt. Das ist ein zentraler Grund für die Ablehnung der Verfassung durch große Teile der Sunniten. Diese werfen der Regierung des schiitischen Premierministers Maliki pro-schiitisches und voreingenommenes Verhalten vor. Die zunehmende Kritik der US-Regierung am irakischen Regierungschef ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

Der Irak-Konflikt weist insgesamt ein hohes Eskalationspotenzial auf. Eine Versöhnung oder ein zumindest gewaltfreies Zusammenleben von Schiiten und Sunniten ist daher entscheidend für eine langfristige Stabilisierung des Irak.

Libanons Schiiten fühlen sich benachteiligt

Die radikal-schiitische Hisbollah fordert mehr Macht für die schiitische Mehrheit im Lande. Aus diesem Anspruch heraus lehnt sie die sunnitisch-christliche Führung strikt ab. Ein Sprecher des Hisbollah-Führers Nasrallah brachte das im Sommer 2007 in drastischen Worten zum Ausdruck. Moderate schiitische Kräfte kommen kaum zur Geltung.

„The government is for America and Israel. It's a puppet. It's not for the Shia, it's not for Lebanon. It has to go!”

Ibrahim Moussawei
Hisbollah-Sprecher

Das Auftauchen radikaler Sunniten im Nordlibanon (Fatah-al-Islam) könnte ein Hinweis auf zukünftige gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen sunnitischen und schiitischen Gruppierungen im Libanon sein. Allerdings erlitt diese Gruppierung im palästinensischen Flüchtlingslager Nahr-el-Bared im September 2007 eine Niederlage durch die libanesischen Armee. Damit wurden die radikalen sunnitischen Islamisten vorerst geschwächt. Die zunehmenden Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten im Nahen Osten könnten aber letztendlich auch den Libanon verstärkt erfassen.

Die Kurden – ein Volk ohne Staat

Starke Position der Kurden im Irak

Die Kurden machen ungefähr 20% der Gesamtbevölkerung des Irak aus und sind somit nach den Arabern die größte ethnische Gruppierung. Das Kurdengebiet bildet eine autonome Region im Norden des Landes, in der eigene Sicherheitskräfte („Peshmerga“) für eine relativ gute Sicherheitslage sorgen. Die beiden wichtigsten in der „Allianz Kurdistan“ vereinten Kurdenparteien im Irak sind die KDP (Demokratische Partei Kurdistan) und die PUK (Patriotische Union Kurdistan). Der Führer der PUK, Jalal Talabani, ist seit 2005 Präsident des Irak, während der Chef der KDP, Massud Barzani, Präsident der autonomen Kurdenregion ist. Beide sichern den Kurden eine starke Position im Irak und dämpfen somit das kurdische Streben nach Unabhängigkeit.

Die PKK als Konfliktfaktor

Kurdische Siedlungsgebiete sind auf die Türkei, Syrien, Irak und den Iran verstreut. Der Nordirak, in dem sich seit Einrichtung der Flugverbotszone 1991 die autonome kurdische Region etablieren konnte, dient den Kämpfern der 1978 gegründeten PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) und seines im Iran operierenden Ablegers PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) als Rückzugsgebiet.

Bis 2002 führte die türkische Armee mehrere Angriffe mit bis zu 35.000 Soldaten gegen die PKK im Nordirak durch. Seit dem Sturz des Saddam-Regimes und der US-Präsenz hat die türkische Regierung Zurückhaltung an den Tag gelegt. Doch der türkische Generalstabschef Yasar Büyükanit fordert angesichts wieder aufgeflammter Gefechte im Grenzgebiet und vermehrter Terroranschläge in der Türkei seit geraumer Zeit einen erneuten Einmarsch in irakisches Territorium. Rund um den Berg Kandil im Nordirak sollen sich 4.000 PKK- und PJAK-Kämpfer aufhalten. In diesem Zusammenhang ist auch der Ende August 2007 erfolgte Artillerie-Beschuss nordirakischer Ortschaften durch die Türkei und den Iran zu sehen. Dieser Konflikt macht deutlich, dass Landesgrenzen im Nahen Osten nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Involvierung mehrerer Staaten und nichtstaatlicher Akteure, die die Kurdenproblematik für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren, erschwert dabei Lösungen.



Der Nahe Osten im Portrait

Historischer Exkurs: Umstrittene Grenzziehung durch Kolonialmächte

1916

Sykes-Picot Abkommen: Die Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien beschließen die Aufteilung des Osmanischen Reiches in verschiedene Einflussphären. Dieses Abkommen wurde allerdings nicht umgesetzt.

1917

Balfour-Deklaration: Großbritannien, das 1917 Jerusalem besetzt hatte, verspricht, in Palästina eine „nationale Heimstätte“ für das jüdische Volk zu errichten.

1920

Konferenz von San Remo: Großbritannien erhält vom Völkerbund ein Mandat für Palästina und den Irak, Frankreich für Syrien und den Libanon. Damit werden vorläufig auch die Grenzen von später entstehenden Nationalstaaten festgelegt.

Zwischen 1920 und 1948

Die Nationalstaaten Irak, Ägypten, Libanon, Jordanien, Syrien und Israel werden ausgerufen.

Zentrale UN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt

1948

Aktion:

Gründung des Staates Israel und Krieg der arabischen Staaten Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon und Irak gegen Israel. Israel kann den Angriff abwehren.

Reaktion: UNSR-Resolution 50, UNTSO

Bewerkstellung eines Waffenstillstandes durch die UNO und Entsendung der „United Nations Truce Supervision Organization“ (UNTSO) zur Überwachung des Waffenstillstandes im Nahen Osten.

1967

Aktion:

Sechstage-Krieg: Israel erobert die Halbinsel Sinai von Ägypten, die Golanhöhen von Syrien und die Palästinensergebiete (Westjordanland und Gazastreifen)

Reaktion: UNSR-Resolution 242

Die Resolution 242 (1967) fordert den Rückzug Israels aus den während des Sechstage-Krieges eroberten Gebieten.

1973

Aktion:

Jom Kippur-Krieg: Arabische Staaten greifen unter Führung Ägyptens und Syriens Israel erneut an.

Reaktion: UNSR-Resolutionen 338 und 350, UNDOF

Die UNO erneuert mit den Resolutionen 338 (1973) und 350 (1974) die Forderung von Resolution 242, führt einen Waffenstillstand herbei und entsendet die „United Nations Disengagement Observer Force“ (UNDOF) auf die Golanhöhen, um den Waffenstillstand zwischen Israel und Syrien (bis heute) zu überwachen. Österreich ist maßgeblich an der Friedensmission beteiligt.

2006

Aktion:

Zweiter Libanon-Krieg: Nach der Entführung zweier israelischer Soldaten beginnt Israel am 12. Juli einen Krieg gegen die Hisbollah-Fraktion im Libanon.

Reaktion: UNSR-Resolution 1701, UNIFIL II

Die Resolution 1701 (2006) führt einen Waffenstillstand herbei und stockt die seit 1978 bestehende „UN Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) auf 15.000 Soldaten auf, die den Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah zu überwachen hat (Die Mission ist nunmehr als UNIFIL II bekannt).



ISRAEL		
Bevölkerung	6.426.679	
Fläche	20.770 km ²	
Politisches System	Parlamentarische Demokratie	
Religionen	Juden 76,4%, Muslime 16%, Arabische Christen 1,7%, andere 5,9% (2004)*	
Ethnische Gruppen	Juden 76,4%, nicht-jüdisch 23,6% (größtenteils Araber) (2004)*	
Staatspräsident	Shimon PERES	
BIP	\$170,3 Mrd* (2006 geschätzt)*	
BIP pro Kopf	\$24.382**	
Rüstungsbudget (% BIP)	7,3%* (2006)	
Arbeitslosenrate	8,3%* (2006)	
Lebenserwartung	79,59*	
Durchschnittsalter	29,9*	
Human Development Index	23 von 177	
Engagement in der Friedenssicherung	2007: Nein	
Präsenz internationaler Truppen	Ja, im Rahmen von UNTSO (Kontingent: 150 Militärbeobachter)	

PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE		
Bevölkerung	Westjordanland: 2,9 Mio, davon 30% Flüchtlinge oder deren Nachkommen und 400.000 Juden (inkl. Ostjerusalem). Gaza-Streifen: 1,4 Mio, davon 60% Flüchtlinge oder deren Nachkommen*	
Fläche	6.165 km ² ** (Westjordanland 5.800 km ² , Gaza 365 km ²)	
Regierung	Palästinensische Autonomiebehörde	
Religionen	Muslime 88%, Christen 2,4%, Juden 9%, andere 0,6%***	
Präsident	Mahmoud ABBAS	
Parlament	Palästinensischer Legislativrat	
BIP	\$4,156 Mrd*** (2005)	
BIP pro Kopf	Westjordanland: \$1.100, Gaza-Streifen: \$800*. Anmerkung: Über 60% leben unter der Armutsgrenze von \$2/Tag.*****	
Währung	Israelischer Schekel*****, Jordan-Dinar	
Arbeitslosenrate	Westjordanland: 24,2%, Gaza-Streifen: 38,7%*	
Lebenserwartung	71,7 (m), 73 (w)****	

ÄGYPTEN		
Bevölkerung	80.335.036 * (Juli 2007 geschätzt)	
Fläche	1.001.450 km ²	
Politisches System	Republik*	
Religionen	Muslime 90% , Kopten 9%, Christen 1%	
Ethnische Gruppen	Ägypter 98%, Berber, Nubier, Beduinen 1%, Griechen, Armenier, andere Europäer (primär Italiener and Franzosen) 1%	
Staatspräsident	Hosni MUBARAK	
BIP	\$334,4 Mrd* (2006 geschätzt)	
BIP pro Kopf	\$4.200* (2006 geschätzt)	
Rüstungsbudget (% BIP)	2,5% (2006)*	
Arbeitslosenrate	10,3% (2006 geschätzt)	
Lebenserwartung	71,57* (2006)	
Durchschnittsalter	24,2*	
Human Development Index	111 von 177	
Engagement in der Friedenssicherung	Ja, im Rahmen von MINURSO (26), MINUSTA (11), MONUK (28), UNIOSIL (1), UNMIK (16), UNMIL (12), UNMIN (7), UNMIS (839), UNMIT (17), UNOMIG (69)	

SYRIEN		
Bevölkerung	19.314.747	
Fläche	185.180 km ²	
Politisches System	Republik	
Religionen	Sunnitische Muslime 74%, andere Muslime (inkl. Aleviten, Drusen) 16%, Christen, 10%, Juden*	
Ethnische Gruppen	Araber 90,3%, Kurden, Armenier und andere 9,7%*	
Staatspräsident	Bashar al-ASSAD	
BIP	\$75,1 Mrd (2006 geschätzt)*	
BIP pro Kopf	\$3.610** (2006)	
Rüstungsbudget (% BIP)	5,9% (2005 geschätzt)*	
Arbeitslosenrate	12,5% (2005 geschätzt)*	
Lebenserwartung	73,6 Jahre** (2006)	
Durchschnittsalter	21,1 Jahre*	
Human Development Index	107 von 177	
Engagement in der Friedenssicherung	2007: Nein	
Präsenz internationaler Truppen	Ja, im Rahmen von UNDOF (1.046 Mann)	

JORDANIEN		
Bevölkerung	6.053.193* (Juli 2007 geschätzt)	
Fläche	92.300 km ²	
Politisches System	Konstitutionelle Monarchie	
Religionen	Sunnitische Muslime 92%, Christen 6%, andere 2%* (2001 geschätzt)	
Ethnische Gruppen	Araber 98%, Circassier 1%, Armenier 1%	
Staatspräsident	König ABDULLAH II	
BIP	\$30 Mrd* (2006 geschätzt)	
BIP pro Kopf	\$4.688** (2006)	
Rüstungsbudget (% BIP)	8,6%* (2006)	
Arbeitslosenrate	15,4% offiziell; inoffizielle Rate etwa bei 30%* (2006 geschätzt)	
Lebenserwartung	78,55*	
Durchschnittsalter	23,5*	
Human Development Index	86 von 177	
Engagement in der Friedenssicherung	Kontingent 2007: 3.819. Missionen: UNOMIG, UNOCI, UNMIT, UNMIS, UNMIL, UNMEE, MONUC, MINUSTAH	
Präsenz internationaler Truppen	Nein	

IRAN		
Bevölkerung	65.397.521* (Juli 2007 geschätzt)	
Fläche	1.648.000 km ²	
Politisches System	Theokratische Republik*	
Religionen	Muslime 98% (Schüiten 89%, Sunni 9%), andere 2%	
Ethnische Gruppen	Perser 51%, Azeri 24%, Gilaki and Mazandarani 8%, Kurden 7%, Araber 3%, andere 7%	
Staatspräsident	Ajattollah Seyyed Ali KHAMENEI	
BIP	\$610,4 Mrd* (2006 geschätzt)	
BIP pro Kopf	\$7.525**	
Rüstungsbudget (% BIP)	2,5% (2006)*	
Arbeitslosenrate	15% nach Angaben der iranischen Regierung* (2007)	
Lebenserwartung	70,7** (2006)	
Durchschnittsalter	25,8*	
Human Development Index	96 von 177	
Engagement in der Friedenssicherung	Kontingent 2007: 3 Militärbeobachter Mission: UNMEE	
Präsenz internationaler Truppen	Nein	

IRAK		
Bevölkerung	27.499.638* (Juli 2007 geschätzt)	
Fläche	437.072 km ²	
Politisches System	Parlamentarische Demokratie*	
Religionen	Muslime 97% (Schüiten 60%-65%, Sunniten 32%-37%), Christen oder andere 3%	
Ethnische Gruppen	Araber 75%-80%, Kurden 15%-20%, Turkmenen, Assyrer oder andere 5%	
Staatspräsident	Jalal TALABANI	
BIP	\$87,9 Mrd* (2006 geschätzt)	
BIP pro Kopf	\$2.900* (2006 geschätzt)	
Rüstungsbudget (% BIP)	8,6%* (2006)	
Arbeitslosenrate	25%-30%* (2005 geschätzt)	
Lebenserwartung	69,31*	
Durchschnittsalter	20*	
Human Development Index	2006 nicht gewertet	
Engagement in der Friedenssicherung	2007: Nein	
Präsenz internationaler Truppen	Ja, im Rahmen von UNAMI und der US-geführten Operation Iraqi Freedom	

LIBANON		
Bevölkerung	3.925.502* (Juli 2007 geschätzt)	
Fläche	10.400 km ²	
Politisches System	Republik*	
Religionen	Muslime 59,7%, Christen 39%, andere 1,3% *	
Ethnische Gruppen	Araber 95%, Armenier 4%, andere 1%	
Staatspräsident	Emile LAHOUD	
BIP	\$22,02 Mrd* (2006 geschätzt)	
BIP pro Kopf	\$5.837**	
Rüstungsbudget (% BIP)	3,1%* (2005 geschätzt)	
Arbeitslosenrate	20%* (2006 geschätzt)	
Lebenserwartung	73,15*	
Durchschnittsalter	28,3*	
Human Development Index	78 von 177	
Engagement in der Friedenssicherung	Kontingent 2006: 2 (Polizei). Mission: ONUCI	
Präsenz internationaler Truppen	Ja, im Rahmen von UNIFIL (Kontingent: 15.000)	
Datenquellen	* CIA Factbook, ** UNDP, ***Mideastweb.org, **** Palestinian Central Bureau of Statistics, ***** Auswärtiges Amt Deutschland	

Bild aus Copyrightgründen nur im Original verfügbar.

Akteure und Lösungsansätze

In den letzten 60 Jahren wurden seitens internationaler Akteure zahlreiche Versuche unternommen, den Nahen Osten zu befrieden. Konferenzen, Verhandlungen und Geheimgespräche, viele UN-Resolutionen sowie der Einsatz von Friedenstruppen in unterschiedlichen Missionen geben davon Zeugnis. Neben der UNO sind vor allem die USA, zunehmend aber auch die EU in der Region engagiert. Allerdings war die mangelnde Abstimmung zwischen den einzelnen Akteuren immer ein Kernproblem des internationalen Krisenmanagements. Eine Lösung sollte das Nahostquartett darstellen.

Nahostquartett strebt Zwei-Staaten-Lösung an

Umsetzung des Friedensfahrplans „Roadmap“ vorerst gescheitert

Das Nahostquartett wurde auf Initiative der USA ins Leben gerufen. Dieses besteht aus den USA, der EU, der UNO und Russland. Ziel war es, die Verantwortung für den Friedensprozess auf mehrere Schultern zu verteilen. 2003 legte es einen Plan (Roadmap) für Verhandlungen zwischen den Palästinensern und Israel vor, die bis 2005 in eine Zwei-Staaten-Lösung münden sollten. Er stellt nach wie vor die Grundlage für weitere Verhandlungsansätze dar.

Seit dem vorläufigen Scheitern der Roadmap und dem Wahlsieg der Hamas 2006 ist das Nahostquartett de facto politisch gelähmt. Die USA und die EU setzten die Finanzhilfe für die Hamas-geführte Regierung aus, da sich diese weigerte, Israel und bereits bestehende Abkommen anzuerkennen sowie der Gewalt abzuschwören. Russland lehnt diese Vorgehensweise ab und empfing Vertreter der Hamas bereits mehrmals in Moskau.

Der frühere Nahost-Sonderkoordinator der UNO, Alvaro de Soto, übte heftige Kritik an den US- und EU-Sanktionen gegen die Hamas. Er wies vor allem darauf hin, dass die Einstellung der Finanzhilfe für die Hamas-Regierung verheerende Konsequenzen für die palästinensische Bevölkerung habe.

Bild aus Copyrightgründen nur im Original verfügbar.

Mission impossible für den neuen Sondervermittler des Nahostquartetts, Tony Blair?

Mittlerweile wurde der ehemalige britische Premierminister Tony Blair als neuer Sondergesandter des Nahostquartetts ernannt. Einer der Schwerpunkte Blairs soll die Umsetzung praktischer Maßnahmen zur Vertrauensbildung sein. Bisher ist der Versuch der beteiligten Akteure, über das Nahostquartett zu einer gemeinsamen Nahostpolitik zu kommen, gescheitert. Auch für einen neuen, erfolgversprechenden Anlauf zur Umsetzung der Roadmap scheinen die Positionen zu weit auseinander zu liegen.

USA: Zentraler Akteur in der Region

Vermittler – Gestalter – Verbündeter

Die USA betätigen sich seit der Gründung Israels als Sondervermittler im Nahostkonflikt und waren auch mehrfach erfolgreich (Friedensabkommen Israel-Ägypten 1979, Vertrag von Oslo 1993, Friedensabkommen Israel-Jordanien 1994). Die Position der USA als Vermittler hat allerdings unter dem negativen Eindruck des Afghanistan- und Irak-Krieges sowie der eindeutig pro-israelischen Haltung schweren Schaden genommen. Trotzdem gehören die USA aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Stärke weiterhin zu den wenigen Akteuren mit Gestaltungskraft im Nahen Osten. Im Laufe des Jahres 2007 wurden die Friedensbemühungen durch mehrere Besuche von US-Außenministerin Condoleezza Rice intensiviert. Neuerliche Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern unter US-Vermittlung sind für den Herbst 2007 angekündigt.

Die USA und Israel stehen in einer besonders intensiven Wechselbeziehung. Washington sieht sich als Schutzmacht und stuft Israel als wichtigsten Verbündeten in der Region ein. So hielten sich die USA während des Libanon-Krieges 2006 betont zurück

und versprochen Israel im Sommer 2007 Waffenlieferungen im Wert von 30 Mrd. US-Dollar für die nächsten zehn Jahre. Dies ist auch im Zusammenhang mit dem Dominanzstreben des Iran zu sehen. Diesem versuchen die USA zusätzlich durch eine politische und wirtschaftliche Isolierung des Iran (z.B. Wirtschaftsboykott) entgegenzuwirken.

USA im Irak

Die Besetzung des Irak durch die USA entwickelte sich zum Desaster. Binnen weniger Monate waren in Folge strategischer Fehler und krassem Fehlverhalten von Teilen des US-Militärs die Chancen auf eine friedliche Transformation verspielt. Dennoch ist ein schneller Abzug der US-Truppen trotz einer gewissen Kriegsmüdigkeit in den USA nicht zu erwarten. Das Hauptproblem nach einem Abzug wäre der erwartbar steigende Einfluss des Iran. Diesem würde in weiterer Folge vermutlich Saudi-Arabien entgegenzutreten, wodurch sich der Regionalkonflikt ausbreiten und verschärfen könnte. Um dies zu verhindern, ist eine Einbindung der Nachbarstaaten des Irak (insbesondere Syrien, Jordanien, Türkei und Iran) in die Stabilisierungsbemühungen, wie auch die Iraq Study Group (Baker-Hamilton 2006) betont hat, sehr wichtig.

Im Überblick

Akteure und Lösungsansätze

Nahostquartett

Akteure

- USA
- EU
- UNO
- Russland

Ansätze

- Strategischer Plan („Roadmap“): Zwei-Staaten-Lösung Palästina und Israel

USA



Ansätze

- „Ordnungsmachtfunktion“ durch
- Stabilisierungsbestrebungen Irak & Afghanistan
 - Besondere Unterstützung Israels
 - Sondervermittlung (Palästina)
 - „War on Terror“
 - Isolierung des Iran

EU



Ansätze

- „Soft Power“-Engagement
Wirtschaftshilfe, Aufbau von Institutionen, Polizeiausbildung (Palästina, Afghanistan), Sondervermittlung (Iran)
- Beteiligung an Friedensmissionen (Libanon)

Arabische Liga



Ansätze

- Friedensinitiativen (Saudi Arabien, Ägypten, Jordanien)
- Unterstützung von Reformen im Sicherheitsbereich (Jordanien)

UNO

Ansätze

- Resolutionen, Friedensmissionen (UNTSO, UNDOF, UNIFIL), Sondervermittlung (Iran) und Koordination des Wiederaufbaus (Afghanistan)





Der Iran zeigt Stärke: Demonstration in Teheran anlässlich der Feiern zum Tag der Revolution im Februar 2007

„Soft-Power“-Engagement der EU

Die EU spielt nach eigener Beurteilung eine zunehmende Rolle im Nahen Osten. Es liegt ihr daran, alle Beteiligten in die Friedensverhandlungen einzubeziehen, als „sanfte Macht“ aufzutreten und über wirtschaftliche und entwicklungspolitische Maßnahmen Einfluss zu nehmen.

■ Stichwort Hard Power und Soft Power

Hard Power: Primäre Abstützung der Außen- und Sicherheitspolitik auf die Ausübung von Zwang, Gewalt und wirtschaftlichen Druckmitteln (Wirtschaftssanktionen, Militärinterventionen, Waffenlieferungen).

Soft Power: Primäre Abstützung der Außen- und Sicherheitspolitik auf Überzeugungskraft und Diplomatie. (Finanzhilfen, Entwicklungszusammenarbeit, Aufbau von Institutionen, Unterstützung bei Reformen im Sicherheitssektor, Vermittlungsmissionen).

Neben intensiver Kooperation mit den Staaten des Nahen Ostens und deren massiver Unterstützung (u.a. im Rahmen der EU-Mittelmeer-Partnerschaft) ist die EU auch im Nahostquartett engagiert. Weiters ist die EU bemüht, durch Ausbildungs- und Unterstützungsleistungen den Sicherheitssektor aufzubauen. Im operativen Bereich verfolgt die EU dabei einen indirekten Zugang, der auf die Stärkung der lokalen Verantwortlichen abzielt.

Da die USA von arabischer Seite als pro-israelisch wahrgenommen werden, könnte die EU als Vermittler mehr Bedeutung erlangen. Allerdings nur dann, wenn sie sich ihres eigenen Potenzials bewusst wird und dieses auch zum Einsatz bringen kann – bisher spielte sie vornehmlich die Rolle des „Zahlmeisters“.

EU: Bedeutender Entwicklungshelfer in den Palästinensischen Autonomiegebieten

Politisch unterstützt die EU die Zwei-Staaten-Lösung und eine Stärkung der moderaten Kräfte in Gestalt der Fatah und der Regierung von Premierminister Salam Fayyad, die überlebenswichtige Finanzhilfe erhalten. Allein die Entwicklungshilfe für die Palästinenser betrug im ersten Halbjahr 2007 320 Mio. Euro.

Zur Stärkung des Sicherheitssektors betreibt die EU zwei Missionen. In der Polizeimission EUPOL COPPS (EU Police Mission for the Palestinian Territories) werden seit 2006 palästinensische Polizisten ausgebildet. Am vorübergehend geschlossenen Grenzübergang Rafah (zwischen Gazastreifen und Ägypten) werden palästinensische Grenzpolizisten im Rahmen von EUBAM (EU Border Assistance Mission) bei ihrer Tätigkeit unterstützt. Das Mandat wurde trotz Aussetzung der Aktivitäten bis Mitte 2008 verlängert.

EU-Initiativen im Atomstreit mit dem Iran

Die EU hat eine lange Tradition des Dialogs mit dem Iran, beginnend mit dem so genannten „kritischen Dialog“ in den 90er Jahren mit den früheren Präsidenten Hashemi Rafsandjani und Mohammed Khatami. Hinsichtlich des iranischen Atomprogramms nimmt die EU eine besondere Vermittlerrolle ein. Großbritannien, Frankreich und Deutschland engagieren sich unter anderem als „EU-3“, aber bisher vergeblich. Ziel der Bemühungen ist es, eine vollkommene Transparenz des iranischen Atomprogramms zu erreichen. Die UN-Atominspektoren konnten sich bislang keinen umfassenden Überblick über das iranische Atomprogramm verschaffen. Deshalb unterstützt die EU die Sanktionen des UN-Sicherheitsrates. Die Verhandlungsbemühungen der EU, vor allem durch den Hohen Repräsentanten für die GASP, Javier Solana, werden dennoch fortgesetzt.



„Soft Power“ in Aktion: Beamte der Mission EUBAM am Grenzübergang Rafah

Unterstützung der EU für die irakische Regierung

Die Stabilität im Irak ist aufgrund der Nähe (gemeinsame Grenze mit dem EU-Beitrittskandidaten Türkei) und dem steigenden Flüchtlingsproblem von großer Relevanz für Europa. Daher unterstützt die EU Reformen im Sicherheitsbereich durch die 2005 eingerichtete Mission zum Aufbau des Rechtsstaates (EUJUST LEX) mit Sitz in Brüssel. Europäische Staaten, darunter auch Österreich, bilden außerdem irakische Polizisten in Jordanien aus. Weiters ist die Union einer der größten Geber von Entwicklungshilfe im Irak.

Große EU-Unterstützung für libanesische Regierung

Die Koalitionsregierung unter Premierminister Fuad Siniora wird von der EU politisch und finanziell unterstützt. So wurde der Libanon in die EU-Mittelmeer-Partnerschaft (Barcelona-Prozess) aufgenommen und hat 2002 in diesem Rahmen ein Assoziationsabkommen mit der EU abgeschlossen. Europäische Staaten, insbesondere Spanien, Italien und Deutschland, beteiligen sich auch massiv am UNIFIL-Einsatz.

Friedensbemühungen der UNO

Die UNO ist seit über einem halben Jahrhundert bemüht, im Sicherheitsrat sowie durch zahlreiche Missionen tragfähige Lösungen für den Nahen Osten zu finden. Substanzieller Bestandteil des UNO-Engagements sind Friedenseinsätze an verschiedenen Orten mit unterschiedlichen Aufgaben. Allerdings konnten nicht alle Resolutionen in vollem Umfang umgesetzt werden. Zu den aktuellen Friedensmissionen:

Beobachtung des Waffenstillstandes seit 1948

Die UNO hat seit 1948 Beobachter im Rahmen der United Nations Truce Observation Organization (UNTSO) in den Nahen Osten entsandt, um die Waffenstillstände zwischen Israel und den arabischen Staaten zu überwachen.

Das Hauptquartier befindet sich in Jerusalem, das Einsatzgebiet von UNTSO ist mittlerweile sehr weit ausgedehnt. Hauptaufgabe der Truppe ist, das Grenzgebiet zwischen dem Libanon und Israel sowie die Golanhöhen zu überwachen. UNTSO kooperiert mit den anderen beiden UN-Missionen UNDOF auf den Golanhöhen und UNIFIL im Libanon. Dieser Einsatz ist keineswegs ungefährlich. So kamen am 25. Juli 2006 vier Militärbeobachter der UNTSO, unter ihnen der österreichische Major Hans Peter Lang, bei einem israelischen Luftangriff im Südlibanon ums Leben.

Präsenz auf den Golanhöhen seit 1974

Seit 1974 befindet sich die „United Nations Disengagement Observer Force“ (UNDOF) auf den Golanhöhen, um den Waffenstillstand und die Einhaltung einer Demarkationslinie zwischen Israel und Syrien zu überwachen. Seither kam es zu keinen Kampfhandlungen zwischen Syrien und Israel entlang des von UNDOF kontrollierten Gebietes. Dies kann durchaus als Erfolg der UNO gewertet werden. Auch Österreich ist an dieser Mission mit knapp 400 Soldaten beteiligt.



Auch Österreich ist am Golan vertreten: UNO-Beobachter auf dem Posten.

Bild: EMLV

Wiederholte Friedensbemühungen der UNO im Libanon

1978 wurden UN-Beobachter im Rahmen der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) in den Libanon entsandt. Das Mandat beinhaltet laut den Resolutionen 425 und 426 (1978) des UN-Sicherheitsrates unter anderem, den Abzug der israelischen Truppen zu kontrollieren und das Grenzgebiet zu Israel zu überwachen. 1982 erfolgte wegen zunehmender Zwischenfälle an der Grenze neuerlich eine Invasion Israels in den Libanon. Bis zum Abzug der israelischen Truppen im Jahr 2000 beschränkte sich UNIFIL vornehmlich auf humanitäre Hilfe und den Schutz der Zivilbevölkerung.

Aufstockung von UNIFIL nach zweitem Libanon-Krieg

Im Sommer 2006 eskalierte der Konflikt zwischen der Hisbollah und Israel abermals. Am 12. Juli begann der zweite Libanon-Krieg. Nach einigen Wochen intensiver Kampfhandlungen wurde die UN-Sicherheitsratsresolution 1701 (2006) angenommen. Diese führte

zu einem Ende der Kampfhandlungen und zu einer drastischen Erhöhung des UNIFIL-Truppenkontingents auf 15.000 Mann. Am 14. August trat schließlich der Waffenstillstand zwischen Israel und dem Libanon in Kraft. Das Mandat von UNIFIL wurde auch auf die Unterstützung für libanesische Behörden bei der Bekämpfung des Waffenschmuggels ausgedehnt.

Laut einem Mitte 2007 veröffentlichten UN-Bericht sind jedoch weder die Behörden noch die UNIFIL-Truppen in der Lage, den Schmuggel zu unterbinden. Es seien vier verschiedene libanesische Behörden für die Sicherung der Grenzen zuständig, die weder ihre Arbeit koordinierten noch Informationen austauschten, so der Bericht. Somit ist es für UNIFIL unmöglich, das Mandat ausreichend zu erfüllen.

Regionale Akteure und Initiativen

Die Rolle der Arabischen Liga

Die Arabische Liga mit ihren 22 Mitgliedsstaaten stellt ein wichtiges Gremium für innerarabische Konsultationen und Initiativen dar. Allerdings verhindern teils gegensätzliche Auffassungen und Vorstellungen ein wirksames Auftreten dieser Organisation nach außen.

Bild aus Copyrightgründen nur im Original verfügbar.

Amr Moussa, Generalsekretär der Arabischen Liga: Um Vermittlung bemüht

Zur Lösung des Palästinenserkonfliktes legte sie 2002 auf Initiative des saudi-arabischen Königs Abdullah einen Vorschlag vor (Abdullah-Plan). In diesem fordert sie eine Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und die Errichtung eines palästinensischen Staates mit den Grenzen vor dem Sechstage-Krieg 1967. Im Gegenzug wären die arabischen Staaten bereit, Israel anzuerkennen. Dieser Vorschlag wurde im Sommer 2007 noch einmal von Saudi-Arabien vorgebracht. Allerdings lehnt Israel diesen Plan bislang als inakzeptabel ab.



Bild: Gauster

Umfassende Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte im internationalen Polizei-Trainingszentrum in Jordanien: In wenigen Wochen zum fertigen Polizisten

Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien als Vermittler

Im Februar 2007 lud Saudi-Arabien Vertreter von Hamas und Fatah zu Gesprächen nach Mekka. Der Erfolg, die beiden Kontrahenten zu einer Kooperation zu bewegen und eine Einheitsregierung zu bilden, war jedoch nur von kurzer Dauer. Im Juni 2007 eskalierte der Konflikt zwischen Fatah und Hamas erneut, die Einheitsregierung zerbrach. Es ist zu erwarten, dass Saudi-Arabien als regionaler Gegenspieler des Iran sich auch weiterhin verstärkt in das Konfliktmanagement im Nahen Osten einbringen wird.

Ägypten wiederum stand mehrmals im Krieg mit Israel, war aber schon 1979 bereit, im Rahmen von Camp David Frieden zu schließen. Seither spielt Kairo eine besondere Rolle als Vermittler im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Auch im innerpalästinensischen Konflikt zwischen Fatah und Hamas versucht Ägypten, einen Ausgleich herbeizuführen. Dabei steht der ägyptische Präsident Hosni Mubarak in gewisser Konkurrenz zum saudischen Königshaus.

Jordanien ist bisher neben Ägypten erst das zweite arabische Land, das mit Israel ein Friedensabkommen geschlossen hat (nach US-Initiative 1994) und somit Israel offiziell anerkennt. Als direkter Nachbar des Irak hat Jordanien ein großes Interesse an dessen Stabilität. Es geht insbesondere darum, ein Überschwappen des Konfliktes und ein Festsetzen radikal-islamischer Kräfte in Jordanien zu verhindern. Amman unterhält daher im Gegensatz zu anderen arabischen Nachbarn eine starke diplomatische Vertretung im Irak. Zudem ist Jordaniens König Abdullah II bemüht, zwischen den irakischen Kräften zu vermitteln. Dies wird aber von den Schiiten abgelehnt. In Jordanien befindet sich ein internationales Trainingszentrum zur Ausbildung irakischer Polizisten (JIPTC - Jordan International Police Training Center), in dem sich auch viele europäische Staaten, darunter Österreich, engagieren.

Conclusio

Trends

Bei einer Gesamtbetrachtung der Entwicklungen im Nahen Osten lassen sich drei wichtige Trends erkennen:

1. Änderung der regionalen Konstellation

Der Iran hat nach dem Sturz der Taliban und des Saddam-Regimes an Einfluss gewonnen, was die Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten weiter verschärfte. Aufgrund der weltweit enorm gestiegenen Nachfrage nach Erdöl und Erdgas wurde die Region zunehmend zum „Energienabel“ der Welt, wovon besonders der Iran und Saudi-Arabien profitieren und an politischem Format zulegen. Neben dem „alten“ Palästina-Konflikt rücken die Auseinandersetzungen im Irak und im Libanon vermehrt in den Mittelpunkt. Der Aufstieg des Iran dagegen und seine nuklearen Ambitionen rufen nicht nur bei den USA und Israel, sondern auch im gesamten Nahen Osten Ängste hervor und bergen zusätzlichen Konfliktstoff.

2. Auswirkungen der Globalisierung zunehmend bemerkbar

Die Bedeutung von Staatsgrenzen hat deutlich abgenommen und nichtstaatliche Akteure haben an Relevanz gewonnen. Al Kaida agiert grenzüberschreitend, ethnische und religiöse Gruppen können ihre Anhänger in mehreren Staaten zugleich mobilisieren. Sie profitieren dabei von modernen Informations- und Kommunikations-Technologien (Internet etc.). Dies führt zu einer zunehmenden Vernetzung der Region, was auch durch die Entstehung von regimekritischen überregionalen Medien (z.B. al Jazeera) deutlich wird. Nicht zuletzt dadurch wird die Armut im arabischen Raum immer deutlicher sichtbar (z.B. durch „Arab Human Development Report“). Insgesamt lässt sich feststellen, dass diese Globalisierungseffekte den Nahostkonflikt zusätzlich verschärfen.

3. Radikale Kräfte vermehrt an der Macht

Der Einfluss von Radikalen ist stärker geworden. So ist seit 2005 der ehemalige Revolutionsgardist Mahmoud Ahmadinejad Präsident des Iran. Die Hamas hat bei den Parlamentswahlen 2006 einen deutlichen Sieg errungen und kontrolliert seit Juni 2007 den Gazastreifen. Aus dem Krieg mit Israel 2006 ging die Hisbollah, die den Südlibanon kontrolliert, gestärkt hervor, und sie ist seither in einen Machtkampf mit der Regierung verwickelt. Auch in anderen Ländern der Region haben oft im Untergrund tätige islamistische Gruppierungen (z.B. Moslembruderschaft in Ägypten) deutlich mehr Zulauf. Angesichts dieser Entwicklung wird es für den Westen schwieriger, moderate Ansprechpartner zu finden und zu tragfähigen Lösungen zu kommen.

Schlussfolgerungen für das internationale Krisenmanagement

„The whole region is moving towards radicalization.“ So lautet die Einschätzung der Lage durch Yousef Hisham, Kabinettschef des Generalsekretärs der Arabischen Liga. Erschwert werden die Ansätze für das internationale Krisenmanagement durch schwächelnde Regierungen, grenzübergreifende nichtstaatliche Akteure und Konfliktstoffe sowie die Uneinigkeit der Staatengemeinschaft. Es scheint daher nicht die Zeit für umfassende Lösungen, sondern eher für kleine Schritte zu sein. Wichtig dabei ist, das gesamte Konfliktnetz Naher Osten im Auge zu haben, um zu akzeptablen Vorschlägen zu kommen. Terje Roed-Larsen, ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für die Region, schätzt daher von den drei möglichen Entwicklungen (weitere Destabilisierung, substanzielle Lösung oder Eindämmung) die Option der Eindämmung als die realistische und machbare ein. Diese würde angesichts der sich immer schneller drehenden Gewaltspirale bereits einen Erfolg darstellen.

„One has also to avoid a uniform approach, as one can not treat the Maghreb with the same pattern as the Middle East or the Persian Gulf states, nor can one concentrate everything on the security issue. To be successful, our approach must be global, taking into consideration all the political, economic, social, cultural, educational aspects.“

Dominique de Villepin

Französischer Premierminister 2005-2007

■ Tipp Weiterführende Links

http://ec.europa.eu/external_relations/mepp/index.htm

http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?lang=de&cid=268&mode=g

<http://www.un.org/>

<http://english.aljazeera.net/English>

<http://www.haaretz.com/>

<http://www.spiegel.de/politik/0,158,k-729,00.html>

http://www.news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/default.stm

<http://www.state.gov/p/nea/>

<http://mideastweb.org/>

<http://www.nytimes.com/pages/world/middleeast/index.html>



EU als Krisenmanager

Die EU scheint auf dem besten Weg, als Krisenmanager wahr- und ernst genommen zu werden. In dieser Publikation lassen Walter Feichtinger und Carmen Gebhard Experten zu Wort kommen, die Fortschritte und Herausforderungen der EU im komplexen und komplizierten Feld der Sicherheitspolitik analysieren.



Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand

Provincial Reconstruction Teams (PRTs) stehen seit 2003 in Afghanistan für verstärkte zivil-militärische Interaktion und sollen die Sicherheit und die Effektivität des Wiederaufbaus in den Provinzen verbessern. Markus Gauster informiert in dieser Studie über das Potenzial von PRTs und vergleicht dabei das deutsche, britische und US-Modell.



Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich

Fragile Staaten oder aus Bürgerkriegen hervorgegangene Quasi-Staaten werden in der westlichen Welt wegen der zunehmenden Internationalisierung von Risiken wie Proliferation, organisierter Kriminalität oder Terrorismus immer mehr als potenzielle Gefahr für die eigene nationale Sicherheit wahrgenommen.

Die Publikation analysiert die unterschiedlichen Zugänge zum Nation- und State Building sowohl bei den lokalen Akteuren als auch von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft.



Small Arms - Big Problem

Kleinkaliberwaffen werden oft als die wirklichen Massenvernichtungswaffen bezeichnet. Peter Hazdra gibt in dieser Publikation einen Einblick in internationale Strategien und Konzepte über den Umgang mit dem „kleinen großen“ Problem.

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres: Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
- Forschung und Lehre
- Öffentlichkeitsarbeit

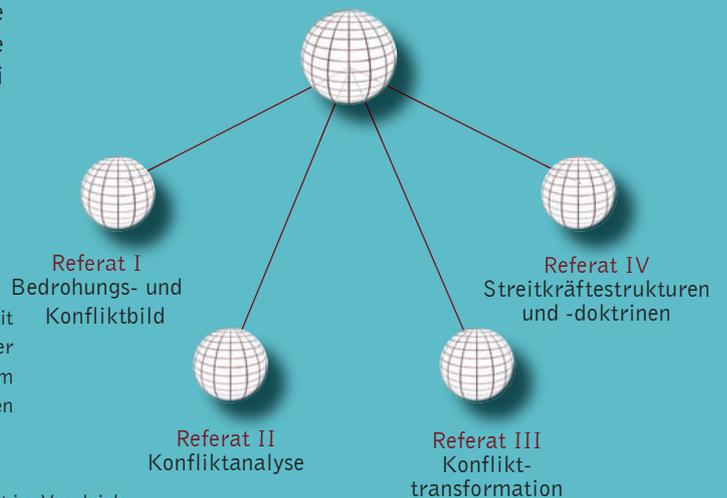
- **Bedrohungs- und Konfliktbild:** Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.

- **Konfliktanalyse:** Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.

- **Konflikttransformation:** Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.

- **Streitkräftestrukturen und -doktrinen:** In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

INSTITUTSLEITUNG



So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43-1-5200-40700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Redaktion:
Mag. Markus Gauster, Etienne Berchtold

Kontakt:

**Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement**

AG Stiftgasse 2a
Akademietrakt 2. Stock, Süd-Risalit
1070 Wien
ÖSTERREICH

tel. | +43 / 1 / 5200 407 01
fax | +43 / 1 / 5200 172 62
e-mail | lvak.ifk@bmlv.gv.at

Designkonzept und Layout:
Josef Lentsch, Gfr

Grafik:
Josef Lentsch, Gfr und Marc Melich, Rekr

Herstellung:
BMLV / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien - R633
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlv.gv.at

Autoren:



Mag. Markus Gauster

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Internationalen Krisenmanagement in Afghanistan.



Etienne Berchtold

Freier Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement. Student der Rechtswissenschaften an der Universität Wien und der International Studies an der Open University.

Mit besonderer Unterstützung von Gefreitem Josef Lentsch,
Rekrut Marc Melich und Mag. Florian Walter.

